

Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Privatbestellungen sind beide Ausgaben täglich. Unterhaltungsblatt, Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeichbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Abozeilenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 30 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ulstein's. Chefredakteur: Georg Bernhark Verantw. Red. im Amt: A. Henschel. L. V. Dr. Erwin V. Müller. Bus. Dr. Max Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ulstein's. Amt Dinslaff (A 7 2009 - 2066) für den Parverkehr Amt Dinslaff 2066 - 2068. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 840.

Grandi will abreisen

Letzte Besprechung mit Briand

Genf, 14. Mai / Ulstein-Nachrichtendienst

Der italienische Außenminister Grandi wird, wie heute bekannt wurde, bereits morgen mit Graf Verolani und nach Wien zurückkehren. Das heutige eine 15stündige Gespräch zwischen Grandi und Briand wird in italienischen Kreisen im Gegensatz zu den Berichten in der Presse als eine einfache Fortsetzung der Generalbesprechungen bezeichnet und nicht als Aufnahme einer Generaldebatte über die Beziehungen Frankreichs und Italiens. Wieberhaupt fährt man in der italienischen Delegation fort, die Unterhandlungen als auf ihre Länge Grandi zu beenden und jetzt sich nach bestimmten Wählern überaus geduldig, indem man sich widerwillig den Vorteilen beugen muß, aber am liebsten warten kann.

„Wir haben es durchaus nicht eilig“ — diese Worte aus dem Munde eines gut unterrichteten italienischen Gewährsmannes scheinen das Motto der französisch-italienischen Besprechungen von Genf zu sein, das angesichts der lebhaften italienischen Ungeduld sich übrigens und der Länge Briand sofort zu zeigen genötigt hat. So lagte heute einwandfrei fest, daß die Italiener wollen und was die Franzosen nicht wollen. Wenn jedoch alles bemerkt nicht die Rede war, das ist die in höchsten englisch-amerikanischen Kreisen wieder einmal aufgetauchte Formel von der möglichen Absetzung des französischen Mandates über Syrien an Italien. Wenn von Mandatsgebieten die Rede gewesen sein sollte, so dürfte es sich wohl höchstens um Ruinen gehandelt haben. Aber auch das ist mehr als zweifelhaft.

Bestimmungsbedürftige Informationen weisen denn auch nichts von hochintelligenten Gesprächern und behaupten vielmehr, daß die Center Unterredung bisher über die allgemeinen Grundzüge der Seerettungsgesetze, wie sie aus den monatlichen Verhandlungen der Londoner Konferenz fortlaufend bekannt sind, nicht hinausgegangen sind, und daß nur gelegentlich einzelne Fragen der allgemeinen politischen Beziehungen Frankreichs zu Italien besprochen wurden, aber keinerlei „französische Kompensationen“ für einen etwaigen Verzicht Italiens auf die Fiumepatrie.

Was Frankreich geben wollte

Paris, 14. Mai / Ulstein-Nachrichtendienst

Die Unterhandlung zwischen Briand und Grandi dürfte kaum über den Rahmen einer reinen und sporadischen Fingerringen hinausgegangen sein, und es ist deshalb nur verständlich, wenn alle letzten Wähler, mit dem „Temo“ an der Spitze, die französische Öffentlichkeit davon warnt, schon jetzt größere Reaktionen erwarten zu wollen. Die materiellen Gegensätze zwischen Paris und Rom sind so groß; sie haben außerdem durch die Vorkommen der letzten Zeit eine neue Verhärfung erfahren, das schon die Wiederannahme der von Rom an ausstehenden abgedruckten Verhandlungen als ein bemerkenswerter Fortschritt anzusehen werden muß. Da es auf beiden Seiten sehr viel zum Stillens und sehr viel Entgegenkommen bedarf, um zu einer Verständigung zu gelangen, wird man mitgeteilt, als in Paris, wo man sich bereits in früheren Gängen der Aussprache zu sehr weitgehenden Kompensationen bereit gezeigt hat.

Was einer Seite von Guérard im „Matin“ veröffentlichten Informationen es nicht weniger als 40 000 Quadratkilometer gewesen sein, die die französische Regierung in Nordafrika den italienischen Wählern nach einer Verzichtung der territorialen Grenze veräußern bereit war. Die italienische Regierung soll jedoch bereits hinaus weitere 20 000 Quadratkilometer verlangt haben, und an dieser Verforderung haben sich im Oktober des vorigen Jahres, also bereits lange vor der Londoner Konferenz, die Verhandlungen endgültig zerlegt.

Sauerwein läßt durchblicken, daß die französische Regierung heute bereit wäre, der Verhängung mit Italien auch die 20 000 Quadratkilometer zu opfern, daß inzwischen aber neue Schwierigkeiten entstanden sind; nicht nur in Gestalt der Retrozession im französisch-italienischen Fiumepatrie, sondern vor allem auch durch den neuen italienische Forderungen politischer Natur, die nichts Geringeres als einen formalen Verzicht Frankreichs auf das Mandat mit Inbegriffen zum Gegenstand haben sollen. Wenn man einwilligen hier auch noch einige Hoffnungen auf die Vermittlerrolle zu setzen scheint, die England in der französisch-italienischen Auseinandersetzung übernommen hat, so läßt sich schon allein diese für Frankreich völlig unzufriedenbare Summation des Nationalismus großartig erscheinen, mit dem man in unterrichteten diplomatischen Kreisen der Fortsetzung der kaum begonnenen Aussprache entgegensteht.

Bestochene Minister

Japans schmierigste Kapitel

Von Richard Kas, Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“

Nara (Japan), 25. April

Zwei Minister des früheren Kabinetts liegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Nun ist die Unterredung gegen sie abgeschlossen und hat sie so schließlich der Korruption überführt, das an ihrer Verurteilung nicht zu zweifeln ist. Der Eisenbahnminister Ogawa, der eine halbe Mill. Yen (insgesamt 600 000 Yen) bezogen hatten (auch das sind 1.2 Millionen Mark) und der Unterrichtsminister Kobayashi hatte ihm dabei für 30 000 Yen gesündigt. Mit ihnen sind fetschgen Eisenbahndirektoren und Ministerialsekretäre der attinen oder passiven Beteiligung angeklagt, und der Standal ist so über, daß der Unterredungsbereicht bemerkt:

„Die Korruption der politischen Parteien ist schlimmer als ich geglaubt hatte. Politiker wie Guérard sind hier bloßgestellt. Das Gericht ist keine Pflicht. Über so gründlich es auch vorgeht, seine Arbeit wäre vergeblich und die öffentliche Verwaltung bliebe gelähmt, wenn nicht das ganze Volk Befassung anbringt.“

Darin hat er sehr recht. Denn der Prozeß gegen Ogawa, Kobayashi und Genossen ist nur ein besonders trauriger, aber leider kein Ausnahmefall. Gledigtlich mit ihm läßt der Prozeß gegen den früheren Gouverneur des Ozeanmeeres Anzai wegen passiven und aktiven Bestechung, gleichzeitig reiche Männer wegen aktiver Bestechung; gleichzeitig findet eine Unterredungskommission Tugendbe von Unterredung und Bestechung, die sich beim Wiedereinsatz Larios ergeben haben; und darum gleichzeitlich die Staatsanwaltschaft Anlage gegen den General Yamamoto, der sich als Gouverneur von Korea verurteilt bereitet hat.

Die Korruption der Verwaltung ist in Japan zu einem so chronischen Lebel geworden, daß der Verordnungsgeber auch sie beschaffen muß, um seinen Verordnungsgeber zu beschaffen. Mit der Schließung überörtlicher Anstalten ist es nämlich nicht getan; und es will aber gar nicht fernstehenden Verwaltungskontrollen gehören ins Bild Japan. So die Sünden list für Japan charakteristischer als für untere Zentral oder für irgendein westliches Land.

Der Hauptgrund dafür ist, daß die moderne Wirtschaft Ordnung Japans recht jungen Datums ist und dem alten Geschäftsleben für und fertig aufgesetzt wurde.

Wähler aller Instanzlicher Bestechung erwidern in ihrem Staatskörper gewisse Schwächen gegenüber der Korruption: äußere Kontrollen, innere Hemmungen. Jhnen ist die Erkenntnis vererbt, daß Geld so gefährlich ist wie verdorren.

Ein alter Fuchs geht selten an vergiftete Köder, ein junger Unbekannt. — Und Japan ist ein junger Fuchs im Umgang mit Geld.

Fürst kommt, daß Japan auch ein junger Fuchs im Umgang mit dem Parlament ist. Es ist hier nicht organisch gewachsen (wie in England) oder vom selbstbewußten Volk erlumpft worden (wie in den USA). sondern: als Japan die Notwendigkeit erkannte, sich zu „modernisieren“, da führte es eben recht Telefon und Eisenbahn und Industrie und das parlamentarische Regierungssystem ein, ohne sich viel für ein und her zu überlegen, wie das mit der bisherigen uralten Autokratie in Einklang zu bringen lie.

Das Ergebnis ist, daß alle Gemellen neben der neuen Weltbestehen, unterdlich zwar, aber deshalb nicht minder mächtig. So daß das Parlament und die ihm verantwortlichen Minister ständig verdorren Einflüssen begegen, die sie sich verwehren müssen, um der Würde zu bleiben. Mit nur mit den milliardverbreiteten Familien der Großhändler, haben sie ihre Kompromisse nicht, sondern auch mit dem mächtigen Stapp der alten Wähler. Dem deutschen Vorkrieg mag es ungläubig klingen — und doch trifft es exakt zu — daß noch heute im parlamentarischen regierten Japan eine Adelsklasse — Gakuma — die die Arme und eine andere — Cholin — die Arbeitskräfte beherrscht. Und zwar in der Weise, daß kein Beamter und gewis kein höherer Offizier erannt wird, der ihnen nichtlich ist.

Trebranus als Verkehrsminister?

von Guérard soll zurücktreten

In politischen Kreisen wird behauptet, daß Reichsverkehrsminister von Guérard, der der Zentrumspartei angehört, in einigen Wochen zurücktreten und aus dem Kabinett ausscheiden wird. An seiner Stelle soll Trebranus das Reichsverkehrsministerium übernehmen, während die Aufgaben des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, das jetzt Trebranus leitet, und das nach der endgültigen Klärung aufgestellt werden soll, bis zur Abmilderung der Geschichte des Reichsministeriums ausscheiden sollen.

Stmos nachfolgend ist darüber abgemacht — was nicht bestritten, aber die Wichtigkeit hat sehr nicht abzuwärtigen ist für sich. Es ist in Entzerrung, daß der Bildung des Kabinetts die Bestimmung des Reichsverkehrsministeriums eine bedeutende Rolle spielt hat. Brining wollte dieses Ministerium Trebranus anbieten, von Guérard sollte das Reichsministerium für die besetzten Gebiete übernehmen. Guérard hat sich aber dagegen geäußert und darauf bestanden, in das Reichsverkehrsministerium zurückzutreten, weil ihm die Aufgaben dieses Ministeriums beizulegen interessieren.

Er hat damals seinen Willen auch durchgesetzt, eine harte Bestimmung im Zentrum herausgefordert, die sich in einer Fraktionslegung enthielt. Man möchte Guérard den Vorwurf, daß er das Ministerium für die besetzten Gebiete, das viele Jahre lang von Zentrumspolitikern verwaltet und als Vorbild für bezogen

wurde, kurz vor der völligen Klärung des Rheinlandes und den Bestimmungsaufgaben hat. Das Zentrum legt Wert darauf, bei diesen Fragen führend hervorzutreten. Diese Bestimmung gegen Guérard ist nicht erhoben; und vor die Beratung des Staats des Reichsverkehrsministeriums im Hauptausfluß während der letzten Tage aufmerksam verfolgt hat, dem wird es ausgefallen sein, wie fähig und feilsch Guérard von den Zentrumspolitikern behandelt worden ist.

Der Minister Guérard und die Leiterbesten der Aufgaben des Ministeriums für die besetzten Gebiete an das Reichsministerium, an dessen Spitze der Zentrumsmann Dr. Birich steht, erklärt, was hinter den Kulissen vorgeht. Bei allem ist es aber doch festzuhalten, daß das Zentrum ohne weiteres auf einen Sitz im Kabinett ohne Bedenken und keine Stellung in der Regierung bedarf klären will. Man möchte annehmen, daß ein Vorkreisliche-Zwisch innerhalb des Kabinetts erfolgen, daß das Zentrum aber seinen Bestand innerhalb des Kabinetts wahren wird.

Bring „Autoi“ als Hitler-Kritik

Dr. fröhler, Reichs- und Reichsminister Wilhelm von Brüning, der jedoch getrennt mit seiner Frau Oskar dem Stahlheim angehört und bei allen Stahlheim-Tagungen auftritt, soll zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übergezogen sein.